

SO sehen wir es

HerausgeberIn: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil
 Nr. 2/97, Mai 1997/ Erscheint 3 - 4 x jährlich, Auflage 7000 Ex.
 Preis: Normal-Abo Fr. 12.— / Unterstützungs-Abo Fr. 25.—
 PC-Kto. 80-43003-3, SO sehen wir es, SP Wädenswil
 Druck: Arbeitszentrum am See, Giessen, Wädenswil



Warum die SP dem neuen Steuergesetz nicht zustimmen kann

Ein armer Staat ist kein sozialer Staat

Aus Angst vor der Volksabstimmung ist die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat auf ihren Entscheid, die höchsten Einkommen zu entlasten, zurückgekommen und belässt den Spitzensteuersatz für natürliche Personen unverändert bei 13%. Das revidierte Steuergesetz weist dennoch zu viele Mängel auf, als dass wir der Vorlage zustimmen könnten:

- Satte 80 Millionen Einnahmefälle beschert uns die Steuerreduktion für Unternehmen.
- Eigenmietwerte: Mit dem viel zu tiefen und bundesrechtswidrigen Regelsatz von 60% wurde ein weiteres Steuer Geschenk in die Vorlage verpackt.
- Das überholte System der dreistufigen Gewinnbesteuerung für Unternehmen wird beibehalten. Dies strafft kleine und mittlere innovative Unternehmen mit schmaler Eigenkapitalbasis und bevorzugt kapitalkräftige Banken. Strukturerhaltung behindert den Aufschwung. Wir plädieren für die proportionale Gewinnbesteuerung, weil wir die Krise mit Innovation und Dynamik überwinden wollen!
- Erwerbslose und Wiedereinsteigerinnen können im



- Gegensatz zu Berufstätigen keine Kosten für Weiterbildung und Umschulung von den Steuern abziehen, obwohl dies ein Gebot der Stunde wäre.
- Das Einsichtsrecht in die Steuerausweise soll abgeschafft werden. Steuern zahlen ist jedoch staatsbürgerliche Pflicht und keine Privatangelegenheit. Steuerausweise sind von öffentlichem Interesse und Millionäre, die nichts versteuern, ein Ärgernis. Wir fordern Transparenz und Steuergerechtigkeit!
- Frauen sollen zahlen, erwähnt werden sie im Text jedoch nicht. Einem Gesetz, das in seiner Sprache die Gleichstellung von Frauen mit Männern missachtet, können wir nicht zustimmen!
- Kinderalimente müssen neu durch die Empfängerin versteuert werden (Vorschrift des Bundes). Der Ausgleich

- für diese Mehrbelastung von Alleinerziehenden (Kinderabzug und Familientarif) ist ungenügend.
- Der von den bürgerlichen hochgejubelte Kinderbetreuungskostenabzug von 3000 Franken geht in die richtige Richtung, ist aber ein Tropfen auf den heissen Stein. Damit lassen wir uns nicht abspesen!

Für uns ist soziale Gerechtigkeit wichtiger als Steuermarkt. Lassen wir uns nicht unter das Diktat eines Steuermarktes setzen, der dazu dienen soll, die Leistungen des Staates noch mehr abzubauen. Mit der klaren Ablehnung des neuen Steuergesetzes machen wir den Weg frei für einen besseren Kompromiss.
Wir können eine sukzessive Verarmung unseres Staates nicht hinnehmen!

Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin

Ja zur Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr

Zur Vorgeschichte:

Die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr wie auch das als indirekter Gegenvorschlag präsentierte Gesetzespaket des Bundesrats von Kriegsmaterialgesetz-Revision (KMG) und neuem Güterkontrollgesetz (GKG) haben einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund:

- Die beiden Golfkriege und das Erschrecken über die Konsequenzen, welche jahrelange Waffenlieferungen im Krisenfall mit sich bringen können.

henden Gesetzesgrundlagen reichen für eine griffige Kontrolle der Kriegsmaterialexporte nicht aus.

Zur Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr:

Die Volksinitiative für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr verfolgt im wesentlichen folgende drei Ziele:

1. Sie ist ein *aussenpolitisches Begehren*: Der Bundesrat muss seine Aussenwirtschaftspolitik jenen Zielen unterordnen, die er in

2. Die Volksinitiative will deshalb den *Export von Kriegsmaterial grundsätzlich verbieten*. Kriegsmateriallieferungen tragen zur Destabilisierung der Importregionen bei und fördern die Militarisierung von Konflikten. Der Preis, den die Menschheit für den Handel mit Kriegsmaterial täglich bezahlt, steht in keinem Verhältnis zum vermeintlichen Nutzen.
3. Die Volksinitiative will zudem den *Export von dual-use Gütern*¹ nur erlauben, wenn deren *zivile Nutzung garantiert ist*.

Barbara Haering, Generalsekretärin der SP Schweiz und Nationalrätin



- Die wiederkehrenden, aussen- und innenpolitischen Probleme, die sich mit den Exportbewilligungen des Bundesrats zu Pilatus PC7/9 ergaben (Südafrika, Burma, Mexiko).
- Die Aufforderung der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission, welche aufgrund ihrer Inspektion eine Revision des Kriegsmaterialgesetzes forderte.

Bundesrat und Friedensbewegung kamen somit 1992 zum gleichen Schluss: Die beste-

seinem aussenpolitischen Bericht 1993 wie folgt formulierte:

- Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden,
- Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaat,
- Förderung der Wohlfahrt,
- Abbau sozialer Gegensätze,
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Kriegsmaterialexporte stehen im Widerspruch zu diesen Zielsetzungen.

Bürgerliche Krokodilstränen

Dieselben bürgerlichen Politiker, die heute Krokodilstränen wegen 1500 bis 2000 Arbeitsplätzen vergiessen, haben bei SBB, Post und Telecom der Verlust von Zehntausenden von Arbeitsplätzen herbeigeführt. Die Arbeitgeber haben in den letzten Jahren über Hunderttausend Arbeitsplätze ins Ausland verschoben. Jeder verlorene Arbeitsplatz ist ein Verlust. Aber es wirkt nicht sehr überzeugend, wenn man Zehntausende, Hunderttausende von Arbeitsplätzen abstreicht, und dann ausgerechnet bei der Rüstungsindustrie grosse Sprüche gegen Arbeitsplatzverluste macht.

Helmut Hubacher, Nationalrat

¹Güter, die sowohl zivil wie auch militärisch verwendet werden können

Unnötige Initiative "EU-Beitritt vors Volk"

Am 8. Juni werden wir über die Volksinitiative «EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk» von SD und Lega abstimmen.

Nach einer Annahme müsste der Bundesrat sein formelles Beitritts-gesuch, das seit Jahren eingefroren ist, zurückziehen. Damit wäre ihm die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU verboten, ausser er liesse sich vorher per Volksabstimmung (mit Ständemehr!) die Erlaubnis dazu erteilen.

Mir ist schleierhaft, was das bringen soll: der Bundesrat scheint sowieso nicht willens zu sein, mit der EU Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Ausserdem muss über einen Beitritt zur EU sowieso eine Volksabstimmung stattfinden.

Bei Annahme der Initiative würde die übliche Kompetenzordnung in der Aussenpolitik über den Haufen geworfen – und zwar nur für diesen Spezialfall. Für alle übrigen Bereiche der Aussenpolitik bliebe das Verfahren gleich. So könnte der Bundesrat z. B. weiterhin jederzeit Beitrittsverhandlungen mit der NATO aufnehmen.

Die Exponenten der Initiative erklären, sie würden die Mitsprache des Volkes stärken. Was heisst das? Da es den Initianten explizit nur um Beitrittsverhandlungen mit der EU geht, ist der Schluss naheliegend, dass es ihnen nur um eine zusätzliche Barrikade gegen die EU geht. Was wären aber die konkreten Auswirkungen des vorgeschlagenen *Verfassungsartikels*? Zunächst würde das Beitritts-gesuch der Schweiz vom Kühlschrank in den Papierkorb spediert, was im In- und Ausland höchstens atmosphärische Auswirkungen

hätte. Einen positiven Einfluss auf die laufenden Verhandlungen über bilaterale Verträge hätte es nicht.

Zudem gäbe es in den nächsten Jahren sicher eine Abstimmung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU: nämlich wenn der Bundesrat von sich aus verhandeln will oder – was eher der Fall sein dürfte – via die Volksinitiative "Ja zu Europa". Diese kürzlich eingereichte Initiative fordert die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Die konkreten Auswirkungen einer Annahme der SD-/Lega-Initiative wären deshalb gering.

Es ist daher anzunehmen, dass es den Initianten nur darum geht, ein weiteres Mal gegen die EU Stimmung zu machen. Auch wenn sie jetzt über vermehrte Mitsprache des Volkes reden und damit vermutlich etliche Stimmen auf ihre Seite ziehen, werden sie sich nach gewonnener Schlacht nicht scheuen, das Resultat als eine weitere Abfuhr des Volkes an jegliche Annäherung der Schweiz an die EU zu interpretieren.

Ob es sich für einen solchen "Stimmungserfolg" lohnt, einen Artikel in die Verfassung zu schreiben, sollten sich auch EU-Gegner gut überlegen.

Wem es aber um eine Stärkung der Mitsprache des Volkes geht, der hat in ein paar Jahren die Gelegenheit, wirklich etwas dafür zu tun, nämlich bei der Abstimmung über die Einführung des konstruktiven Referendums.

Manuel Angst, Gemeinderat und Vorstandsmitglied der Europäischen Föderalistinnen und Föderalisten Schweiz.

Der Gemeindesaal und die Tücke von Initiativen

Vor einiger Zeit lehnte es das Volk ab, einen schönen (und teuren) Gemeindesaal in der Nähe der Kirche bauen zu lassen. Zu teuer, am falschen Ort? Angesichts der heutigen Finanzlage dürften heute viele ob dem damaligen Nein froh sein. Damit wir dennoch im Kontakt mit himmlischen Sphären bleiben können, setzt der Stadtrat nun auf den Engel.



Stadt-Market(-)ing

Dieser Absicht steht einerseits die Idee eines Architekten mit städtebaulichen Überlegungen im Weg, dem ein "centralerer" Ort vorschwebt. "Heinrich (Th. Uster) mir graut vor dir" dürfte der Stadtrat darob gedacht haben. Ein weiterer Architekt hat zunächst die Gemeinde der Länge und der Breite nach abgeschritten und dabei eine neue Mitte gefunden: Die Wiese beim Gulmenbach. Da Kultur vielfältig sein soll, reichten 628 Befürworter dieser Idee ihre Unterschriften nicht auf einem einheitlichen Formular ein. Die einen unterschrieben den üblichen Vordruck, andere schnitten das Formular entlang der dafür eingezeichneten Linie durch und schnitten damit den Initiativtext und die Begründung weg, wieder andere verwendeten einen Inseratebogen, der die beiden Texte gar nie enthielt.

Leider steht dieser kreativen Vielfalt das Initiativrecht entgegen, das genau verlangt, dass jeder Bogen die gleichen Textelemente entsprechend der Vorschriften enthalten muss. Damit sank die Zahl der gültigen Unterschriften unter die für eine Volksinitiative geforderte Zahl von 600. Im Interesse des Volkes "Augen zu", dachte der Stadtrat. Und die bösen Linken ahnten eine konsequente Fortsetzung des lockeren Umgangs mit gesetzlichen Vorschriften. Dabei kamen ihnen Stichworte wie "Baubewilligung für Shopping-Center in der Zone für öff. Bauten und Anlagen, Baubewilligung Mosli, Abschreibungen bei Abwasseranlagen, Villa Flora" in den Sinn. "Dä Rächtsstaat - än Staat, wo rächts stah?"

Ausgehend von der GPK bahnt sich ein an sich naheliegender Meinungsumschwung an: Die Gulmensaal-Initiative wird zwar als Volksinitiative für ungültig erklärt, weil sie die nötigen 600 Unterschriften nicht korrekt erbringt, wird aber als Einzelinitiative weiterbehandelt. Damit geht es vorerst gleich weiter wie bei der Volksinitiative: Der Stadtrat wird den Vorschlag materiell prüfen. Voraussichtlich wird der Stadtrat dem Vorschlag einen Gegenvorschlag (eben den Engelsaal) entgegenstellen. Bei der Behandlung im Gemeinderat genügen dann 15 Stimmen für den Gulmensaal, damit die Initiative dem Volk unterbreitet wird. Das sollte eigentlich kein Problem sein.

Eine elegante Lösung für eine unangenehme Situation steht also in Aussicht. Es ist zu hoffen, dass sich der Gemeinderat dem Vorgehen anschliessen kann. Vielleicht ist dies gar der Anfang eines auch für uns akzeptableren Umgangs mit den Gesetzen. Wäre ja schön!

Sepp Dorfschmid, Gemeinderat

Wir danken

allen Wädenswiler Wählerinnen und Wählern, die bei den Stadtrats-Ersatzwahlen ihre Stimme

Sepp Dorfschmid

gegeben haben!

Podiumsgespräch Wirtschaft, Bildung, Schule

Mit Prof. Ernst Buschor, Direktor Erziehungswesen Kt. ZH, Margarete Friebe, Psychopädagogin, Hans Aeberli, Schulpräsident Adliswil, Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin (Wädenswil), Prof. Dr. Hans Ruh, Leiter Institut für Sozialethik, Uni ZH, Udo Hermannstorfer, Leiter Institut für zeitgemässe Wirtschafts- und Sozialgestaltung, Dornach.

Leiter: Dr. Kurt Speck, Chefredaktor Handelszeitung.

Dienstag, 1. Juli 1997,
20.00 Uhr
Sunnesaal, Albisstrasse 8
Adliswil

Finden Sie das "So sehen wir es" eine gute Sache?

Dann ist es Ihnen sicher auch einen kleinen Beitrag wert. Denn wie alles kostet auch die Herstellung des vierteljährlich an 7000 Wädenswiler Haushaltungen verteilten SP-Magazins etwas. Mit Ihrem Abonnement und/oder Ihrer Spende unterstützen Sie direkt unsere Arbeit, und wir können Sie weiterhin auf dem laufenden halten über das, was auf dem Wädenswiler Politparkett gut oder schief läuft.

Wir bedanken uns im voraus recht herzlich für Ihren Beitrag! (Einzahlungsschein liegt dieser Nummer bei.)

SP

Sozialdemokratische
Partei Wädenswil

Volksabstimmung vom 8. Juni 1997

Bund

Verbot der Kriegsmaterialausfuhr **JA**

EU-Verhandlungen
vors Volk **NEIN**

Aufhebung des
Pulverregals **JA**

Kanton Zürich

Steuergesetz **NEIN**

Erleichterte Einbürgerung junger AusländerInnen **JA**

Verwaltungsrechtspflegegesetz **JA**

Redaktion:

Beatrice Margna-Haldimann,
Heinz Horn, Hanna Landolt,
Verena Schönholzer, Hansjörg Schmid
Adresse: SP Wädenswil,
Postfach 552, 8820 Wädenswil
PC 80-43003-3 "SO sehen wir es"

Die Arbeit der **SP** interessiert mich!

Ich möchte gerne mehr Informationen über die SP.
 Ich möchte Mitglied werden.
Bitte nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Tel.: _____

Talon bitte ausschneiden und ein-senden an:

SP Wädenswil, Postfach 552,
8820 Wädenswil